

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst,
Dr. Michael Ependiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/27203 –

**Jetzt die richtigen Konsequenzen aus dem Nationalen Bildungsbericht
ziehen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Suding, Grigorios Aggelidis,
Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/23106 –

**Bildungs- und Betreuungsgarantie – Deutschlandweit für alle Kinder und
Eltern**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar),
Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und
der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/27120 –

**Fit für die Arbeitswelt der Zukunft – Individuelle Bildungswege,
Digitalisierung und Internationalisierung in der beruflichen Bildung**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der achte nationale Bildungsbericht zeigt, dass der Anteil von Schülern ohne einen Hauptschulabschluss und mit nur schwach ausgeprägten schriftsprachlichen Kompetenzen weiter ansteigt. Stagnierende oder sinkende Quoten beim Übergang auf das Gymnasium, sinkende Absolventenquoten bei mittleren Schulabschlüssen und auch bei der Hochschulreife, markieren das Ende eines jahrzehntelangen Trends zu formal immer höheren Bildungsabschlüssen bei gleichzeitigem Bildungsverfall.

Zu Buchstabe b

Die flächendeckende Schulschließung und der ersatzlose Unterrichtsausfall führen dazu, dass die Bildungsschere immer größer wird, da der Zugang zur Bildung für die Kinder erheblich eingeschränkt wird. Die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie zeigen, dass sich weder Kitas noch Schulen zu einem Corona-Hotspot entwickelt haben. Wenn es im Herbst oder Winter zu lokalem Infektionsgeschehen kommt, können und dürfen daher flächendeckende Schließungen von Bildungseinrichtungen in Deutschland nicht die Antwort sein.

Zu Buchstabe c

Der rasante technologische Fortschritt erfordert eine Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikationen. Insbesondere Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung müssen zielgenau gefördert und auf einen häufigeren Wechsel der beruflichen Tätigkeit im Laufe der Erwerbstätigkeit vorbereitet werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der unterschiedlich bedingten Voraussetzungen durch das Elternhaus wird der Weg über einen Haupt- oder Realschulabschluss in Verbindung mit einer Berufsausbildung vielen Schülern gerechter als die einseitige Ausrichtung auf das Abitur und das Einschlagen einer akademischen Laufbahn. Bundesregierung, Bundesländer und zuständige Institutionen sollen durch die Förderung und Konzentrierung auf die Kernfächer, die für die Erlangung eines Hauptschulabschlusses nötig sind, darauf hinwirken, dass sich der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss wieder verringert. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss sollen durch Fördermaßnahmen für einen nachträglich zu absolvierenden Hauptschulabschluss qualifiziert werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27203 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Eine bundesweite Bildungs- und Betreuungsgarantie ist ein notwendiges Element für die dauerhafte Sicherung von Bildungschancen. Aus diesem Grund muss der Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten für alle Kinder gleichermaßen gewährleistet werden, insbesondere der Zugang zu digitalen Bildungsangeboten.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23106 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Zur Etablierung eines guten Bildungssystems müssen passgenaue Bildungswege angeboten werden. Dabei ist besonders Wert auf die Förderung von digitalen und interkulturellen Kompetenzen zu legen, um eine dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit zu ermöglichen. Den Auszubildenden muss gerade in einer globalisierten Arbeitswelt ermöglicht werden, zum Beispiel über das Erasmus+-Programm verstärkt Auslandserfahrungen zu sammeln. Grundlage für eine zeitgemäße Bildung muss insbesondere die Digitalisierung sein.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27120 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/27203;

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/23106;

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/27120.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/27203 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/23106 abzulehnen;
- c) Den Antrag auf Drucksache 19/27120 abzulehnen.

Berlin, den 8. April 2021

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Dr. Dietlind Tiemann
Berichterstatterin

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Margit Stumpp
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Dietlind Tiemann, Oliver Kaczmarek, Dr. Götz Frömming, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Birke Bull-Bischoff und Margit Stump

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27203** in seiner 215. Sitzung am 4. März 2021 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/23106** in seiner 182. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27120** in seiner 215. Sitzung am 4. März 2021 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Daten des achten nationalen Bildungsberichts seien noch von der Zeit vor der Corona-Pandemie, stellt die Fraktion der AfD fest. Der Bericht habe ergeben, dass eine positive Bildungsbeteiligung, ein quantitativer Ausbau des Bildungspersonals und gestiegene Bildungsausgaben zu einem insgesamt ansteigenden Bildungsstand beitragen.

Verschlechtert habe sich die Bildungssituation bei dem Anteil derjenigen Schüler, die die Schule ohne zumindest einen Hauptschulabschluss verließen. Unter diesen Schülern seien mehr junge Männer als junge Frauen. Entscheidend sei für den Schul- bzw. Studienerfolg die schriftsprachliche Kompetenz. Erkennlich sei es bei einem Vergleich der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund. Die Quote bei Erwachsenen, in diesem Altersabschnitt, mit Migrationshintergrund liege bei 28 Prozent und somit um 11 Prozent höher. Noch deutlicher sei es bei Menschen, die im Alter von 19 Jahren und älter nach Deutschland gezogen seien. In dieser Personengruppe liege der Anteil ohne einen beruflichen Bildungsabschluss bei 40 Prozent.

Durch verstärkte Investitionen in die frühkindliche Bildung habe man herkunftsspezifische Defizite vieler Kinder nicht ausgleichen können. Dennoch erfolge eine Aufnahme dieser Kinder in Gymnasien, obwohl dort keine geeignete Förderung möglich sei. Ein Viertel der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund habe Eltern mit nur geringer formaler Bildung. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder – bedingt durch ihr Elternhaus – könne selbst eine frühkindliche Bildung die schon entstandenen Defizite nicht mehr aufholen.

Allerdings finde im Hinblick auf den Fachkräftemangel ein Umdenken statt, sodass der Weg über einen Haupt- oder Realschulabschluss in Verbindung mit einer Berufsausbildung häufiger eingeschlagen werde, als die einseitige Ausrichtung auf das Abitur und eine daran anschließende akademische Laufbahn.

Als weiteres Thema befasse sich der Nationale Bildungsbericht mit der Bildung in der digitalen Welt. Das Lehrpersonal an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sei zwischen 33 und 35 Prozent der Auffassung, eine Digitalisierung verbessere die Lernerfolge der Schüler. Gemessen an der Lerneffektivität an Aufwand und Kosten sei die Digitalisierung eher eine unterdurchschnittliche Maßnahme, um den Lernerfolg zu fördern.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung unter anderem auf,

1. durch die Förderung und Konzentrierung auf die Kernfächer, die für die Erlangung eines Hauptschulabschlusses nötig sind, darauf hinzuwirken, dass sich der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss wieder verringert;
2. die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss durch Fördermaßnahmen für einen nachträglich zu absolvierenden Hauptschulabschluss zu qualifizieren und hierbei insbesondere den Blick auf junge Männer zu richten;
3. den Jugendlichen in der Schule durch zusätzliche Anstrengungen in der Berufsberatung zu verdeutlichen, welchen hohen Wert in Deutschland die Absolvierung einer Berufsausbildung hat und wie schwer es für Schulabsolventen ohne abgeschlossene Berufsausbildung wird, im Berufsleben zu bestehen. Diese Bemühungen müssen auch gegenüber Migranten erfolgen;
4. bereits in der Grundschule die schriftsprachlichen Kompetenzen der Schüler als wichtige Voraussetzung für den Schulerfolg zu fördern und dabei auf bewährte Lernmethoden zu setzen;
5. die Sprachförderung von Vorschulkindern mit Migrationshintergrund auszubauen und so die ungleichen Voraussetzungen der Schüler bei Eintritt in die Grundschule auszugleichen;
6. Konzepte zu erarbeiten, die eine hochwertige frühkindliche Betreuung sicherstellen;
7. durch Werbemaßnahmen – nicht nur vor Beginn eines Ausbildungsjahres – die Vorteile einer Berufsausbildung gegenüber der Aufnahme eines Studiums herauszustellen;
8. die Länder dabei zu unterstützen, die Berufsorientierungsmaßnahmen so zu gestalten, dass sich Jugendliche – ihren Fähigkeiten entsprechend – vermehrt für eine passende Berufsausbildung entscheiden;
9. die Meisterausbildung mit dem Ziel „Mehr Meister als Master“ im Sinne einer Aufwertung von Ausbildungsberufen mit anschließendem Meistertitel gegenüber akademischen Abschlüssen zu fördern;
10. den Fokus bei der Verwendung der Haushaltsmittel für den Bereich Bildung auf die Ausbildung und Einstellung neuer und zusätzlicher Lehrkräfte zu richten, statt einseitig in die Digitalisierung der Bildung zu investieren;
11. Bildungsstand und Bildungsfähigkeit zum entscheidenden Kriterium bei der Steuerung der Zu- und Einwanderung nach Deutschland zu machen.

Zu Buchstabe b

In der Vergangenheit wurde nach Darstellung der Fraktion der FDP festgestellt, dass sich die Schulen und Kitas nicht zu Corona-Hotspots entwickelt hätten. Da der Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten ein zentraler Baustein der Sozialpolitik sei, dürfe das Recht auf Bildung für die Kinder nicht erneut eingeschränkt werden. Die Qualität des Unterrichts, ob in Präsenz oder digital, müsse daher sichergestellt werden. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur solle ein zentraler Bestandteil der staatlichen Bildungsgarantie werden.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung auf:

1. die Bildungs- und Betreuungsgarantie zum Gegenstand der nächsten Beratungen zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten zu machen,
2. die Bundesministerin für Bildung und Forschung sowie die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unverzüglich zu beauftragen, die vorbereitenden Verhandlungen für eine Bildungs- und Betreuungsgarantie mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern der Länder zu koordinieren,
3. zu prüfen, wie der Bund die Länder bei den Vorbereitungen und der Durchführung einer Bildungs- und Betreuungsgarantie unterstützen kann.

Zu Buchstabe c

Die Globalisierung trägt nach Ansicht der Fraktion der FDP zu einer Veränderung in der Arbeitswelt bei. Aufgabe des Staats sei es, jedem Einzelnen Bildungschancen zu eröffnen, um sich auf dem Arbeitsmarkt langfristig behaupten zu können. Aufgrund der Diversität der persönlichen Kompetenzen müsse der Staat Sorge tragen, dass

für jedermann ein passgenauer Bildungsweg offenstehe. Es habe Fortschritte in der zielgruppenspezifischen Ausbildung gegeben, trotzdem gebe es über 2 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die ohne abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt einsteigen würden. Trotz zahlreicher Förderungsmaßnahmen gelinge es nur selten, ihnen durch berufliche Bildung eine dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit zu verschaffen. Durch den Wandel der Arbeitswelt komme es häufig zum Wechsel der beruflichen Tätigkeit im Laufe des Erwerbslebens. Ein solcher Wechsel eröffne neue Freiheiten zur beruflichen Weiterentwicklung und gleichzeitig sei es Aufgabe des Bildungssystems sich an die neuen Anforderungen anzupassen.

Die digitale Kompetenz sei ein unverzichtbarer Bestandteil der beruflichen Bildung in der modernen Arbeitswelt. In diesem Bereich weise das Bildungssystem einen erheblichen Nachholbedarf auf. Grundsätzlich haben die Ausstattung der Berufsschulen und die Qualifikation des Lehrpersonals im Gleichschritt mit der Entwicklung des Arbeitsmarkts zu erfolgen, damit eine möglichst praxisnahe Ausbildung stattfinde. Durch den DigitalPakt Schule sei ein erster Versuch unternommen worden, um die Defizite aufzuholen. Daran anknüpfend müsse die Entwicklung von zeitgemäßen Lerninhalten und -methoden gefördert werden.

In der globalisierten Arbeitswelt müsse eine Kompetenz im internationalen Umgang geschaffen werden. Daher müsse es allen Auszubildenden freistehen Auslandserfahrung zu sammeln, wodurch die Chance bestehe in Betrieben und Schulen neue Impulse zu generieren. Die Hälfte der Auslandserfahrungen deutscher Auszubildender sei auf das Erasmus+ Programm zurückzuführen. Ein weiterer wichtiger Bestandteil sei das private Engagement von Betrieben, Stiftungen und der Auszubildenden selbst. Man habe festgestellt, dass im Jahre 2020 erst sieben Prozent der Auszubildenden Auslandserfahrungen gesammelt haben. Ein Aufenthalt im Ausland scheitere meist an mangelnder Information und Beratung. Daher müsse ein deutscher beruflicher Austauschdienst geschaffen werden, der sich am Deutschen akademischen Austauschdienst (DAAD) orientiere.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung unter anderem auf,

1. eine selbstbestimmte berufliche Entwicklung und ein breiteres Spektrum beruflicher Bildungswege zu fördern durch
 - a) eine Stärkung berufsübergreifender Kernkompetenzen und die Definition gemeinsamer Ausbildungsmodule. Dazu sollen die Sozialpartner für alle Berufe gemeinsame Berufsfelder, also Gruppen ähnlicher Berufe, identifizieren, die sich an der Klassifizierung des BiBB orientieren. Allgemeine und berufsfeldspezifische Module sollen schwerpunktmäßig zu Beginn der Ausbildung vermittelt werden, um frühzeitige Wechsel der Ausbildung innerhalb von Berufsfeldern zu erleichtern;
 - b) die Stärkung von Brücken für Ungelernte in eine formale Qualifikation durch die optionale Verlängerung der Ausbildungsdauer auf vier Jahre, einen Ausbau der Einstiegsqualifizierung und eine bundesweite wissenschaftliche Evaluation mit dem Ziel einer Bündelung der Bund- und Länderprogramme im Übergangssystem sowie einen Ausbau der Teilqualifizierung einschließlich der Werbung für ihre tarifliche Anerkennung;
 - c) die Ausweitung von Bildungsgängen mit doppelt qualifizierenden Abschlüssen (Schul- plus Berufsabschluss, Berufs- plus Studienabschluss, Berufs- plus Fortbildungsabschluss) und zielgruppenspezifischer Fast-Track-Programme mit verkürzter Ausbildungsdauer;
 - d) die Verbesserung der Aufstiegsfortbildungsförderung durch eine Erweiterung der Förderungsfähigkeit mehrerer Fortbildungen auf derselben Fortbildungsstufe und eine Öffnung des Beitrags zum Lebensunterhalt für Teilzeitfortbildungen;
 - e) eine Öffnung der akademischen Begabtenförderung für Talente der beruflichen Bildung;
 - f) eine Verlängerung der durch die Bundesagentur für Arbeit maximal geförderten Dauer von Umschulungen zu anerkannten Ausbildungsberufen auf die reguläre Ausbildungsdauer, wenn dies die Prognose für das Erreichen des jeweiligen Bildungsziels verbessert. Die derzeitige pauschale Verkürzung um mindestens ein Drittel der Ausbildungszeit wird dem individuellen Bedarf zahlreicher Weiterbildungsteilnehmer/-innen nicht gerecht;
2. das Potenzial der Digitalisierung für zeitgemäße Bildung und die Arbeitswelt der Zukunft zu erschließen durch

- a) einen DigitalPakt 2.0 zwischen Bund und Ländern für die technische Ausstattung von Berufsschulen, Berufsschullehrkräften und Schüler/-innen, die Sicherstellung einer laufenden Wartung und Modernisierung der technischen Infrastruktur und die Stärkung digitaler Lehrmethoden in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte;
 - b) die Gründung eines Zentrums für digitale Berufsbildung. Aufgabe dieses Zentrums ist die Beratung berufsbildender Schulen und ausbildender Betrieben in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote;
 - c) die Förderung der Weiterbildung von Ausbilder/-innen mit Schwerpunkt auf digitale Technologien und Arbeitsweisen;
 - d) die Förderung der Entwicklung digitaler Lehr- und Lernkonzepte wie beispielsweise Blended Learning, Web Based Trainings, Massive Open Online Courses bis hin zu Serious Games sowie Virtual und Augmented Reality, die mit entsprechender technischer Ausstattung auch bei unzureichendem örtlichen Bildungsangebot einen dezentralen Zugang zu spezialisierten Online-Ausbildungsmodulen ermöglichen und neue Möglichkeiten berufs begleitender Weiterbildung eröffnen;
 - e) die regelmäßige Überprüfung aller bestehenden Ausbildungsberufe und der jeweiligen Prüfungsanforderungen auf ihre Aktualität, qualifikatorische Veränderungen (Future Skills) und den Bedarf am Arbeitsmarkt, beispielsweise alle fünf Jahre, und ein aktives Monitoring zur Entstehung neuer Berufsbilder, die möglicherweise neue Ausbildungswege erfordern;
3. die Internationalisierung der beruflichen Bildung voranzutreiben durch
- a) einen Ausbau der Nationalen Agentur für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung zu einem leistungsstarken Deutschen Beruflichen Austauschdienst – analog zum DAAD im Hochschulbereich. Er soll regionale Umsetzungs- und Beratungsangebote für Auszubildende, Eltern, Betriebe und Schulen dauerhaft etablieren, die Federführung bei der Vernetzung und Koordination beteiligter Akteure übernehmen;
 - b) den Ausbau des Programms Ausbildung Weltweit und den Einsatz für die finanzielle Aufstockung des Nachfolgeprogramms von Erasmus+ für die berufliche Bildung und für den Erhalt von Großbritannien als Programmland. Das Antragsverfahren ist deutlich zu vereinfachen;
 - c) die Zielsetzung, dass bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren sollen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/23106 in seiner 90. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/23106 in seiner 77. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/27120 in seiner 112. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/27120 in seiner 117. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Anträge in seiner 68. Sitzung am 14. April 2021 beraten. Gegenstand der Beratung war auch der Nationale Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2020 und Stellungnahme der Bundesregierung auf Drucksache 19/24780. Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27203 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23106 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27120 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Bundesregierung** hebt hervor, dass der Bildungsbericht wichtige Entwicklungen und Herausforderungen wissenschaftlich unabhängig und glaubwürdig aufzeige. Man sehe auf der einen Seite die bereits erreichten Ziele und auf der anderen Seite die bevorstehenden Aufgaben. Die COVID-19-Pandemie habe das Thema Bildung auf der Agenda und in der öffentlichen Aufmerksamkeit weit nach oben gerückt. Das diesjährige Schwerpunktkapitel des Bildungsberichts die Digitalisierung erhalte dadurch nochmal eine besondere Aktualität und Relevanz.

Nach dem Zukunftspaket des Koalitionsausschusses und dem Gespräch im Kanzleramt mit den Ländern habe man von Seiten des Bundes insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen zur Verfügung gestellt. Wichtige Fortschritte und Impulse seien im Hinblick auf die digitale Ausstattung, Kompetenz und Lehrerqualifizierung erfolgt und auch die Entwicklung einer Bildungsplattform habe stattgefunden. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern habe sich in den vergangenen Monaten positiv entwickelt. Die Bundesregierung weist besonders auf die höhere Durchlässigkeit und die stärkere Flexibilität im Bildungssystem hin.

Diese Trends würden begleitet von einer Konsolidierung der landesspezifischen Schulstrukturen auf der eine Seite sowie flexibleren Bildungsentscheidungen und Bildungswegen andererseits. Dies bestätige die Bestrebungen, die akademische und die berufliche Bildung als gleichwertig zu verstehen. Mittlerweile sei durch das novellierte Berufsbildungsgesetz eine Verzahnung im Bereich des Einstiegs, Aufstiegs oder auch Umstiegs zu verzeichnen. Einen großen Beitrag habe das novellierte Aufstiegs-BAföG dazu geleistet, aber auch der Bund-Länder-Wettbewerb durch aufstiegsöffnere Hochschulen.

Als zweites Thema stelle die Bildungsbenachteiligung eine Dauerbaustelle für die Kommunen, in den Ländern und im Bund dar. Man verzeichne weiterhin schlechtere Bildungschancen in Abhängigkeit von sozialen, regionalen und migrationsspezifischen Ungleichheiten. Bereichsübergreifend bestehe Handlungsbedarf, um Menschen mit niedrigen oder fehlenden Bildungsabschlüssen eine Perspektive zu bieten. Deshalb sei es wichtig, dass mit den Ländern und den Partnern die zur Verfügung stehenden Instrumente geschärft und weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung habe vor, eine erhebliche Summe in den Ganztagsausbau für Kinder im Grundschulalter zu investieren. Im Bundeshaushalt habe man dafür 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Initiative „Schule macht stark“ fördere Schulen in sozial schwierigen Lagen. Zudem wolle man Brücken in den Arbeitsmarkt bauen durch

neue Bildungskettenvereinbarungen, die zwischen der Bundesregierung und den verschiedenen Bundesländern beschlossen wurden.

Der Bildungsbericht zeige, dass die Bildungsausgaben seit 2010 kontinuierlich gestiegen seien. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Bildungsausgaben allein des Bundes sich im Jahr 2019 auf 10,8 Milliarden Euro belaufen und damit knapp 120 Prozent über dem Wert von 2008 gelegen hätten.

Die **Fraktion der AfD** merkt an, dass die in dem Bildungsbericht beschriebenen Erkenntnisse aufgrund der Pandemie nicht mehr die aktuelle Bildungslandschaft abbilden würden. Denn durch den Lockdown habe das Bildungssystem einen Schaden erfahren, dessen Ausmaß man noch gar nicht ermessen könne. Man müsse schon heute anfangen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die gigantischen Lernrückstände und Beschädigungen des Bildungssystems wieder auffangen könne.

Aufgrund der Daten aus dem Bildungsbericht sei festzustellen, dass die Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen der Berufsausbildung nicht ausreichend seien. Seit 2013 steige die Quote der Abgänger ohne Schulabschluss an und 2018 hätten 54.000 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen verlassen ohne einen Hauptschulabschluss zu haben. Hinzukommend reduziere sich die Anzahl der Ausbildungsplätze, so dass aktuell in Deutschland fast zwei Millionen Jugendliche ohne eine Ausbildung seien. Es sollte allen klar sein, was das für die Zukunft dieser jungen Menschen, für die Zukunft unseres Arbeitsmarkts und letztlich auch für die Zukunft unserer Sozialsysteme bedeute.

Man müsse durch eine Untersuchung in den Ausbildungsbetrieben herausfinden, weshalb fast 40 Prozent der abgeschlossenen Ausbildungsverträge gekündigt würden. Eine Kündigung erfolge in ungefähr 40 Prozent der Fälle durch den Betriebsleiter. Die Fraktion der AfD fragt die Bundesregierung, ob es Bemühungen gebe, um herauszufinden, woran das liege. Es interessiere, ob die jungen Menschen nicht mehr ausreichend ausgebildet seien und ob es vielleicht an Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Disziplin und Fleiß fehle? Die Fraktion der AfD fragt, ob das vielleicht Tugenden seien, die man wieder stärker in den Mittelpunkt des Bildungs- und Ausbildungssystems rücken solle.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, die Befunde des Nationalen Bildungsberichtes seien desaströs. Sie betont, dass die Zahl junger Menschen ohne Hauptschulabschluss um 20 Prozent gestiegen sei. Von den Schulabgängerinnen und Schulabgängern hätten 30 Prozent keine vollqualifizierende Ausbildung und landeten im Dschungel des Übergangssystems. Vom Übergangssystem gelinge aber nur knapp der Hälfte der Wechsel in eine Ausbildung nach zwei oder mehr Übergangmaßnahmen. Die Zahl junger Menschen zwischen 20 und 35 Jahren ohne berufliche Ausbildung sei um 150.000 – das entspreche der Größe der Stadt Heidelberg – auf 2,2 Millionen gestiegen. Diese Ungelernten würden die düstere Bilanz christdemokratischer Bildungspolitik widerspiegeln.

Die Fraktion der FDP merkt an, dass die Ausbildungsagenturen fast zehn Prozent weniger Ausbildungsplätze gemeldet haben.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt hervor, dass Unterschiede in der Erreichung einer bestimmten Bildungsqualität immer noch in Abhängigkeit der sozialen der Herkunft und des Geschlechts stehen würden. Die im Bildungsbericht aufgezeigten Problemfelder seien durch die Pandemie verstärkt worden. Allerdings habe die Bundesregierung weitreichende Beschlüsse mit hohen Förderungsgeldern verabschiedet, um die Länder im Bereich der Bildung zu unterstützen.

Die Fraktion der CDU/CSU kritisiert, dass der Antrag der Fraktion der AfD in die Länderzuständigkeit eingreife und den Föderalismus ausheble.

Eine Garantie in Form des Antrags der Fraktion der FDP sei in der aktuellen pandemischen Lage nicht möglich und auch nicht erforderlich. Zielführender sei die Schaffung von Rahmenbedingungen.

Die CDU/CSU-Fraktion werde die drei Anträge ablehnen, weil sie wieder deutlich machen würden, wie die Länderzuständigkeit immer noch unterschätzt werde. Wenn es um den Erhalt des Föderalismus geht, seien alle dafür. Aber wenn es darum gehe, Einfluss nehmen zu wollen an solchen Stellen, würde man den Föderalismus gerne aushebeln. Das gehe nicht.

Die **Fraktion DIE LINKE** merkt an, dass im Bereich der Bildung keine systematische Politik stattfinde und zu wenig Geld für Bildungsprojekte bereitgestellt werde. Im Bereich der Schule habe man einen Investitionsstau von

etwa 44 Milliarden Euro. An den Schulen gebe es nicht genügend Fachkräfte, um die gewünschte Vermittlung des Lernstoffs sicherzustellen.

Man bemesse die Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der Wert stagniere bei 6,5 Prozent. Bildungspolitische Herausforderungen könne man nicht mit einer Beteiligung des Bundes von gerade einmal elf Prozent bewältigen.

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass tendenziell eher Gymnasien saniert würden, also Schulen mit höherem sozialem Status und weniger Realschulen oder Förderschulen. Viele Schulen, vor allem öffentliche Sekundarschulen würden geschlossen. Es gebe zudem einen deutlichen Trend zur Privatisierung.

Der Lehrermangel sei vor allem ein Thema von Brennpunktschulen. Daher finde in solchen Schulen ein erheblich größerer Anteil von fachfremd erteilten Unterricht statt, als in gymnasialen Schularten. Zudem seien die sozial schwächeren Familien wesentlich schlechter digital ausgerüstet und eine Teilnahme an digitalen Lernangeboten sei kaum umsetzbar. Die Fraktion DIE LINKE. fordere ein neues Verteilungsprinzip der verfügbaren Ressourcen. Zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg bestehe ein Zusammenhang. Von den im Bildungsbericht aufgezeigten Risikolagen seien ungefähr 30 Prozent der Kinder betroffen. Vor diesem Hintergrund finde in den Schulen bzw. Bildungsinstitutionen kein Abbau der Bildungsbenachteiligung statt, sondern diese Ungleichheit werde vertieft. Man müsse feststellen, dass der Bildungsföderalismus eine Bildungsbremse darstelle und eine Reform erforderlich sei.

Die **Fraktion der SPD** dankt zunächst dem Konsortium, das den Bildungsbericht erstellt habe und auch den statistischen Landesämtern sowie anderen Behörden, die an der Erstellung beteiligt gewesen seien. Es sei ein gutes Werk vorgelegt worden – ein Leistungsbericht des Bildungswesens. Die SPD-Fraktion finde es nicht richtig, dass so ein düsteres Bild über das Bildungssystem gezeichnet werde. Niemand bestreite, dass die Rahmenbedingungen nicht optimal seien und dass noch mehr Geld ins Bildungssystem investiert werden müsse. Aber es würden doch auch unter diesen Bedingungen gerade von den Beschäftigten dort bemerkenswerte Leistungen erbracht, die den Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen auf allen Ebenen des Bildungssystems zu Gute kommen würden.

Es sei in diesen Tagen häufig zu hören, dass Corona die Schwachstellen in der Gesellschaft, im politischen System und auch im Bildungssystem offen lege. Damit verstärke die Corona-Situation natürlich auch einige Punkte aus dem Nationalen Bildungsbericht. Und einer dieser Punkte sei die Ungleichheit im Bildungssystem, nämlich die Tatsache, dass Kinder aus Familien ohne akademischen Hintergrund deutlich seltener ein Abitur machen würden als diejenigen, wo mindestens ein Elternteil einen Hochschulhintergrund habe.

Dies sei eine Aufgabe, die man sich vornehmen müsse. Gerade in den Stadtquartieren, wo wenige Kinder einen höheren Schulabschluss machen würden, seien die größten Potentiale der Bildungspolitik, die gehoben werden müssten. Der Bericht verdeutliche, dass sich die Ungleichheit früh konstituiere und dass sie sich in der Sekundarstufe I in der Schule nicht mehr vergrößere, sondern dass sie sich vorher schon manifestiere. Und das bedeute, die bildungspolitischen Impulse zur Beseitigung von Ungleichheit müssten früh beginnen. Das heiße in der Kita und in der Grundschule.

Die Corona-Situation habe die Problematik verschärft, und deswegen sei es wichtig, dass in der Koalition über ein Aufholpaket verhandelt werden müsse, damit Defizite bei Schülerinnen und Schülern aufgeholt werden könnten. Das Paket dürfe nicht nur Lernrückstände in den Blick nehmen, sondern müsse auch die Kitas und die Sprachförderung in den Kitas in den Blick nehmen, Und besonders die Schulen und Kitas müssten in den Blick genommen werden, die sich in besonderen Herausforderungen befänden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erkläre, die Äußerungen der Fraktion der SPD würden eindrucksvoll belegen, dass man wirklich nicht die Interpretation teilen könne, wonach der Bildungsbericht zeige, dass diese Regierung auf einem guten Weg sei. Die Fraktion der SPD habe eindrucksvoll geschildert, dass der Bildungserfolg nirgendwo so sehr von der Herkunft abhängt. Und verschärfend komme hinzu, dass die Bildungsschere nirgendwo während der Pandemie nochmal so schnell weiter auseinander gehe wie in Deutschland. Das sei ein Armutszeugnis der Bildungspolitik der letzten Jahre. Und das werde auch in diesem Bildungsbericht manifestiert.

Es ziehe sich eine Linie von diesem Bildungsbericht zum wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der in einem Gutachten die Defizite bei der Digitalisierung konstatiert habe. Die Pandemie habe diese Defizite schonungslos offen gelegt.

Es gebe gravierende Mängel bei der Digitalisierung. Digitale Anwendungen seien immer noch viel zu wenig in der praktischen Anwendung und wenn doch, dann sei dies oft dem außergewöhnlichen Engagement der Lehrkräfte zu verdanken. Mängel gebe es nicht nur bei der technischen Ausstattung, sondern auch bei zielführenden Konzepten zur Verzahnung von Präsenz und Distanz.

Wenn dann dieser Bildungsbericht auch in die gleiche Kerbe haue, dann könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nachvollziehen, wie die Koalition sich ständig feiere für das Geld, das jetzt von der Bundesregierung in die Digitalisierung fließe. Der DigitalPakt sei völlig verunglückt, weil das Pferd von hinten aufgezäumt worden sei. Und von den Mitteln, die jetzt noch zusätzlich geflossen seien, stamme der Großteil aus dem europäischen Wiederaufbaufonds. Das sind mitnichten eigene Mittel. Und das zeige schon die Misere, in die man laufen werde. Die Kommunen als Schulträger würden sich scheuen, diese Mittel in Anspruch zu nehmen, weil sie wissen würden, dass sie im Zweifel auf den Folgekosten sitzen bleiben könnten. Damit könnte eine riesige Kostenwelle auf die Kommunen zurollen, auch in Verbindung mit anderen Aufgaben, wie zum Beispiel der Ganztagsbetreuung. Diese Ausgaben könnten sie nicht stemmen. Abg. Stumpp stellt die Frage an die Bundesregierung, wie sie in Zukunft gerade diese Finanzierung von Bildungsinfrastruktur sicherstellen wolle.

Die **Bundesregierung** erklärt, der Bildungsbericht benenne die Probleme ehrlich. Und das sei auch Ausdruck der Stärke dieses Berichtes. Die Kündigung einer größeren Zahl von Ausbildungsverträgen habe ganz unterschiedliche Gründe. Das habe damit zu tun, dass die Erwartungshaltung von Auszubildenden mit der realen betrieblichen Situation nicht übereingestimmt habe. Auch hätten die Erwartungen von Ausbildern, bezüglich der jungen Leute, in ihren Vorkenntnissen oder im tatsächlichen Tun nicht den Erwartungen entsprochen. Und deshalb sei es sehr wichtig, dass die zukünftigen Partner sich sehr früh beim Besprechen eines denkbaren Ausbildungsverhältnisses intensiv kennenlernen würden, um ein gefestigtes Urteil miteinander treffen zu können.

Im Jahr 2020 sei die Entwicklung anders gewesen. Trotz der schwierigen Lage habe sich die weit überwiegende Zahl der Betriebe vertragstreu verhalten und habe die Auszubildendenverhältnisse aufrechterhalten. Das sei eine bemerkenswerte Leistung – gerade angesichts der Tatsache, dass viele Betriebe durch die Corona-Pandemie erheblich unter Druck gekommen seien.

Die Bundesregierung bestätigt, dass rund zehn Prozent weniger Ausbildungsverträge im vergangenen Jahr zustande gekommen seien. Aber zur Wahrheit gehöre auch, dass die weitere Entwicklung offen sei. Man wisse nicht, ob es mehr Insolvenzbetriebe geben werde. Außerdem sei die Zahl derjenigen, die einen Ausbildungsbetrieb gesucht hätten, deutlich zurückgegangen. Insgesamt sei die Nachfrage um neun Prozent gesunken.

Die Bundesregierung habe in Bezug auf die Ausbildungssituation deutlich mit dem „Ausbildungsplätze sichern“-Programm reagiert. BMAS und BMBF würden in den jeweiligen Zuständigkeiten den Betrieben Hilfestellung geben, Ausbildungsverträge aufrechtzuhalten oder auch junge Auszubildende zu übernehmen, wenn sie in Betrieben seien, die die Ausbildungsverhältnisse nicht aufrechterhalten könnten oder in Insolvenz gehen würden. Man halte dies für eine problemorientierte angemessene Reaktion. Wichtig sei aber, dass alle Akteure zusammen handeln müssten. Hier sei die Allianz für Aus- und Weiterbildung zu nennen. Sie habe ein breites Bündel von gemeinsamen Aktionen beschlossen und dazu gehöre natürlich, dass es digitale aber auch analoge Angebote gebe.

Die Fraktion der FDP habe richtiger Weise darauf hingewiesen, dass viele Angebote um das Matching, das Zusammenführen von denkbaren Azubis und Betrieben, in den vergangenen Monaten nicht in der normalen Form hätten stattfinden können. Man habe deshalb von Seiten der Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle Aktivitäten unterstützt, zum Beispiel den Ersatz von ausgefallenen Berufsbildungsmessen durch digitale Angebote und andere Matching-Angebote. Dazu habe es eine Vielzahl von ganz unterschiedlichen Initiativen in den Kammern und in den Regionen gegeben.

Die Bundesregierung erinnert daran, dass sie darüber hinaus auch eine Learningplattform schaffe, damit diejenigen, die auf der Suche seien, noch besser mit denen zusammen kommen könnten, die Angebote aus den unterschiedlichen Regionen schaffen würden. Auch das digitale Angebot der BA sei in den letzten Wochen und Monaten deutlich ausgebaut worden. Hier sei man inzwischen sehr viel besser aufgestellt als noch vor zwei oder drei Jahren.

Leider steige die Zahl der jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlasse, in den letzten anderthalb Jahren wieder etwas. Das müsse genau untersucht werden. Dabei spiele sicherlich eine Rolle, dass man auch eine

gewisse Zahl von jungen Menschen haben, die erst vor Monaten oder ein oder zwei oder drei Jahren nach Deutschland gekommen seien. Diese Menschen würden sprachlich auf Grund eines Migrationshintergrundes nicht die Voraussetzungen mitbringen, wie sie diejenigen hätten, die hier schon durch das Schulsystem gegangen seien. Das seien zusätzliche Herausforderungen, die adressiert werden müssten. Und das habe die Bundesregierung auch weiterhin vor.

Die Berufsorientierung werde weiterhin einen hohen Stellenwert haben. Die Koalitionsfraktionen hätten dies als wichtiges Thema auch in der Vergangenheit klar adressiert. Man wolle die Berufsorientierung in enger Kooperation mit den Bundesländern weiter nach vorne bringen. Und deswegen sei das BMBF dabei, im Moment mit den Bundesländern eine jeweils aktualisierte Form der Bildungskettenvereinbarungen und der Berufsorientierungsmaßnahmen zu vereinbaren.

Corona verschärfe die Probleme, die im Ansatz vorher schon bestanden hätten, zum Beispiel, was die Benachteiligung von Jugendlichen anbelange. Der Trend zur Akademisierung werde dadurch tendenziell eher verstärkt, auch der Trend zur schulischen Berufsausbildung, aber das habe zwei Seiten, denn der Trend zur schulischen Berufsausbildung habe auch den positiven Aspekt, dass gerade viele jüngere Frauen und Männer sich jetzt für Gesundheitsberufe und Erzieherberufe entscheiden würden, wo es einen großen Bedarf gebe.

Den angesprochenen Investitionsstau an den Schulen gebe es. Aber Investitionsmaßnahmen in die Schulen seien Aufgabe der Länder. Und jede staatliche Ebene müsse auch ihren Aufgaben gerecht werden. Er glaube, es wäre zu einfach, die Verantwortung jetzt einfach einer Ebene, die dafür im Übrigen nicht zuständig sei, zuzuschieben.

Auch beim Thema der sozialen Benachteiligung im Schulsystem seien zunächst die Bundesländer gefordert, weil sie für die Gestaltung des Schulunterrichts und des Schullebens zuständig seien. Man habe in dieser Legislaturperiode mit dem Programm „Schule macht stark“ einen wissenschaftsbasierten Prozess gestartet, um Know-how aus der Bildungsforschung zu nutzen und um gerade Schulen in sozialen Brennpunkten zu unterstützen. Ziel sei, diejenigen, die besonders benachteiligt seien, zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss zu führen.

Die Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIER GRÜNEN nach der Bildungsinfrastruktur werde auch durch Wiederholung nicht richtiger. Es sei in erster Linie Aufgabe der Bundesländer, und der Bund sei hier nur nach ganz engen Möglichkeiten im Rahmen der Verfassung ergänzend tätig. Deswegen sollten diese Anfragen an die zuständigen Ministerpräsidenten und an die Bundesländerminister gerichtet werden.

Zum Thema Digitalisierung stellt die Regierung fest, dass der Bund und der Deutsche Bundestag in einer außergewöhnlichen und umfangreichen Art und Weise mit dem DigitalPakt Schule erst 5 Milliarden Euro und inzwischen 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hätten, um Defizite in der Digitalisierung, beim infrastrukturellen Ausbau, aber auch im Bereich der Qualifizierung zu unterstützen.

Dass die Abwicklung an der einen oder anderen Stelle, worüber aber schon im Ausschuss ausführlich gesprochen worden sei, nicht wie gewünscht laufe, sei zutreffend. Auch dies sei aber an die Länder zu adressieren. Das müsse in den Ländern besser gemacht werden. Wer sich die Entwicklung in den Ländern anschauere, werden feststellen, dass es Länder gebe, die sehr wohl mit dem vorhandenen Kapazitäten die Nutzung des DigitalPakts Schule sehr effizient nach vorne gebracht hätten, dass es aber auch Länder gebe, die das nicht tun würden. Er glaube, es sollte das gemeinsame Bestreben sein, den DigitalPakt Schule zu einem Erfolg zu machen. Denn es gehe letztlich darum, die Schulen auch entsprechend den neuen digitalen Möglichkeiten weiter auszubauen zum Vorteil der Kinder und Jugendlichen und auch der Erzieher und Lehrer. Es sei Aufgabe jeden Bundeslandes seine Lehrerinnen und Lehrer auch die entsprechende digitalen Ausrüstung wie Laptops zur Verfügung zu stellen.

Die **Fraktion der SPD** hebt die Erfolge der Novelle des Berufsbildungsgesetzes hervor, die von der FDP-Fraktion als Symbolpolitik kritisiert worden sei. Man müsse sehen, dass mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes unter anderem die Stellung der Auszubildenden deutlich verbessert worden sei. Genannt werden die Mindestausbildungsvergütung, ein freier Lerntag vor schulischen Prüfungen und eine verbesserte Lernmittelfreiheit. Damit sei die Stellung der Auszubildenden deutlich gestärkt worden. Und man habe zudem die Grundlage geschaffen, dass es in der Weiterbildung einen Schritt weitergehe, indem das Aufstiegs-BAföG novelliert worden, die Möglichkeit aufeinander aufbauender Weiterbildung und die Finanzierung durch das AFBG ermöglicht worden seien. Insofern ist das keine Symbolpolitik, sondern es sei tatsächlich etwas bewirkt worden. Man sei jetzt sehr gespannt, zu welchen Ergebnissen die Enquetekommission kommen werde und welche weitergehenden Vorschläge noch von der FDP vorgelegt werden würden zur Zukunft der beruflichen Bildung, die über die von der FDP kritisierte Symbolpolitik deutlich hinausgehen würden.

Die SPD-Fraktion zeige sich auch irritiert, weil der DigitalPakt von der Opposition im Bausch und Bogen heruntergeredet werde. Dabei zeige der DigitalPakt schon Wirkung. Endgeräte für Lehrerinnen und Lehrer seien zur Verfügung gestellt worden, ebenso Endgeräte für Schülerinnen und Schüler. Dass das alles lange gedauert habe, sei bekannt.

Die **Fraktion der AfD** fragt angesichts der im Bildungsbericht veröffentlichten Zahlen und deren Persistenz im Zusammenhang mit männlichen Migrationshintergrund und fehlenden Schul- oder Berufsabschlüssen, ob der Misserfolg nicht vielleicht nicht auch andere Gründe haben könnte als eine strukturelle Benachteiligung im Bildungssystem. Gefragt wird, ob kulturelle Prägungen für fehlender Fleiß oder möglicherweise sogar geringere Intelligenz ursächlich sein könnten, ob darauf hingewiesen werden dürfe und angemessen darauf reagiert werden könne.

Außerdem fragt die Fraktion der AfD in Bezug auf die Pandemie-Situation, ab wann im Bildungsbereich mit Konzepten seitens der Bundesregierung für Öffnungen und Rücknahmen der Einschränkungen zu rechnen sei. Bisher liege der Fokus ausschließlich darauf, unter welchen Bedingungen verschärft werde und nicht darauf, mit welchen Maßnahmen man unter unveränderten Bedingungen Lockerungen ermöglichen könnte. Sie frage das vor dem Hintergrund, damit im nächsten Bericht nicht stehen müsse „Rien ne va plus“. Dabei dränge sich die Frage auf, wie die Bundesregierung mit dem Urteil aus Weimar umzugehen gedenke, wo in einem Kinderschutzverfahren gemäß § 1666 Abs. 1 und 4 BGB eine Mutter für ihre Söhne am Amtsgericht geklagt hatte. Das Urteil besage, dass keine Masken mehr getragen werden sollten, dass keine Test an Schulen für Schüler mehr gemacht werden sollten. Außerdem sei eine Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts angeordnet worden.

Die **Fraktion der FDP** nimmt nochmals zum Thema Symbolpolitik Stellung und fragt, wie man es anders nennen solle, wenn ein Ministerium 16 Jahre lang von der gleichen Partei geführt werde und es dann diese gebe. Die Bilanz von 16 Jahren christdemokratischer Bildungspolitik habe sich über die Ergebnisse der Pisa-Studien lange angedeutet. In den drei Pisa-Testfächern Naturwissenschaften, Mathematik und Lesen seien deutsche Schüler um viele Jahre zurückgefallen. Die Ministerin habe nichts getan, um den Rückgang aufzuhalten.

Der Antrag der Fraktion der FDP zur Beruflichen Bildung sei keine Symbolpolitik. Darin seien erste Skizzierungen für eine umfangreiche Reform des Übergangssystems enthalten. Es gehe um ein anderes Verhältnis in der beruflichen Ausbildung von Spezialisierung zu Generalisierung. Man wisse, dass eine zu frühe Spezialisierung die Arbeitsmarktchancen junger Menschen deutlich reduziere, während eine frühere Generalisierung die Chancen deutlich erhöhe, auch in der Mobilität. Das seien zwei Beispiele aus dem Antrag. Ein besonders wichtiges Thema in diesem Antrag sei zudem der Ausbau einer Agentur vergleichbar zum DAAD, so dass die beruflich sich Qualifizierenden die Möglichkeit bekommen würden, sich ähnlich wie das auch akademisch Studierende könnten, internationale Kompetenz durch internationale Mobilität zu erwerben.

Die **Fraktion DIE LINKE** reagiert auf Äußerungen der SPD-Fraktion, wonach verschiedene Rahmenbedingungen nicht optimal seien und man diese Bedingungen verbessern müsse. Man ärgere sich über solche Aussagen. Es gehe um Probleme, die man sich in den Debatten seit Jahrzehnten um die Ohren hauen. Bestimmte Sätze könne man nicht mehr hören wie den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Das erzähle man sich seit zehn Jahren, und es ändere sich nicht viel. Am DigitalPakt Schule sei zu kritisieren, dass der Abfluss der Mittel nicht stimme.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fragt nach einer Einschätzung zur Realisierung der Ziele des Dresdner Bildungsgipfels. Sie geht außerdem auf den DigitalPakt und dessen Folgekosten ein. Die Kommunen hätten zwischen 3,5 und 4,5 Milliarden Euro laufende Unterhaltskosten allein für die digitale Infrastruktur zu tragen. Außerdem hätten sie noch die Kosten für die Ganztagsbetreuung zusätzlich zu stemmen. Der Bedarf an Ganztagsbetreuung wachse laut Bundesbildungsbericht kontinuierlich. Sie wolle wissen, warum der im Koalitionsvertrag versprochene Rechtsanspruch immer noch nicht umgesetzt sei.

Außerdem wird nach den Übergangssystemen gefragt. Im Moment würden junge Menschen wieder scharenweise ins Übergangssystem flüchten, auch weil die Unsicherheit groß sei. Die Zahl der jungen Menschen im Übergangssystem sei schon vorher mit 25 Prozent aller Schulabgänger beschämend hoch gewesen.

Was die erwarteten Ergebnisse der Enquetekommission Berufliche Bildung angehe, sei man nicht so optimistisch, dass hier bahnbrechende Erkenntnisse publiziert werden würden. Es gebe trotzdem gute Vorschläge, und deshalb

frage man, was das BMBF mit diesen Ergebnissen zu tun gedenke, damit diese Ergebnisse nicht wieder wie andere Enqueteempfehlungen wie zum Beispiel zur Digitalisierung in den Schubladen verschwinden würden.

Die **Bundesregierung** nimmt zunächst zu den Fragen zur Enquetekommission Berufliche Bildung Stellung, deren Arbeit vom BMBF begleitet worden sei. Man freue sich sehr auf die Ergebnisse. Der abschließende Bericht liege noch nicht vor. Es wäre daher vermessen, heute etwas zu kommentieren, was noch nicht vorliege. Das würde im Übrigen auch dem Respekt der Bundesregierung gegenüber dem Parlament nicht entsprechen. Man werde abwarten, bis die Abgeordneten ihre Arbeit diesbezüglich abgeschlossen hätten. Aus seinen geführten Gesprächen sei man zuversichtlich, dass man viele hilfreiche Anregungen dann auch für die neue Legislaturperiode bekommen werde.

Die Tatsache, dass ein solcher nationaler Bildungsbericht eingeführt habe, werde helfen, dass man wissenschaftsbasiert einen gewissen Konsens haben werde, wo man stehe, wo die Dinge sich positiv entwickeln würden und wo man Probleme gemeinsam adressieren müsse.

Für die Ganztagsbetreuung habe die Bundesregierung 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das Thema Ganztagsbetreuung sei den Koalitionsfraktionen sehr wichtig. Man wolle dazu einen Rechtsanspruch etablieren. Die Gespräche mit den Ländern dazu würden laufen. Dem Ergebnis wolle man nicht vorgreifen. Das System des BAföG insgesamt habe sich bewährt und sei jetzt in der Corona-Herausforderung nochmals durch Kreditangebote ergänzt worden. Es sei insgesamt ein stimmiges System.

Bei dem von mehreren Abgeordneten angesprochenen Thema Mittelabfluss des Digitalpakts gehe die Bundesregierung von einer weiter zunehmenden Abfluss der Mittel aus. Das sei auch sehr wichtig. Der Mittelabfluss sei am Anfang sehr langsam gewesen, aber jetzt sehe man, dass die Zahlen deutlich nach oben gehen würden. Die in einer zwischen Bund und Ländern getroffenen Verwaltungsvereinbarung gesetzten Ziele könnten wohl erreicht werden, wenn man auf die Anmeldungen der Länder schaue. Damit sei man einen weiteren Schritt vorangekommen. Parteipolitische Hintergründe sollten bei diesen Themen besser beiseitegelassen werden.

Den sozialen Gesichtspunkten, nach denen Abgeordnete gefragt hätten, habe man besonders Rechnung getragen, indem die Bundesregierung für alle Schülerinnen und Schüler, die nicht die familiären Voraussetzungen hätten, die Mittel für ein digitales Endgerät bereitgestellt habe. Die Geräte würden vom Schulträger kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Die Kritik an der Nutzung von EU-Mitteln für den Digitalpakt weist die Bundesregierung zurück. Der Nutzung europäischer Mittel, die das Bundesfinanzministerium vorgeschlagen habe, stelle sich das Ministerium nicht entgegen. Es gehe auch nur um eine Summe von 500 Millionen Euro für die Lehrergeräte, die aus diesem EU-Fonds kommen würde. Der Rest des Digitalpakts werde aus den entsprechenden Bundesmitteln finanziert. Das System des BAföG insgesamt habe sich bewährt und sei jetzt in der Corona-Herausforderung nochmals durch Kreditangebote ergänzt worden. Es sei insgesamt ein stimmiges System. Die gesamte Finanzierung sei solide und angemessen.

Berlin, den 8. April 2021

Dr. Dietlind Tiemann
Berichterstatlerin

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatlerin

Margit Stumpp
Berichterstatlerin

